

# Editorial

Das Blaesheim-Treffen in Meseberg hat, wie hier von Medard Ritzenhofen anschaulich geschildert, die Vertrautheit der deutschen Bundeskanzlerin mit dem französischen Staatspräsidenten erneut bestätigt, aber auch Meinungsverschiedenheiten und Grenzen der Kooperation erkennen lassen. Sie reichen von der Haltung gegenüber der atomaren Aufrüstung im Iran über die Aussichten zu den Aufgaben der Europäischen Zentralbank und zur Haushaltsdisziplin bis hin zur Industriepolitik (Siemens/Areva). Als konkretes Ergebnis kann aber immerhin festgehalten werden, dass der vor etwa zwei Jahren begonnene intensive Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Integration von Migranten und deren Nachkommen konsequent weitergeführt wird. Die Kooperation der Regierungen im zivilgesellschaftlichen Bereich, die ein Novum in der bilateralen Zusammenarbeit darstellt, ist zwar nicht gerade spektakulär, aber für den Annäherungsprozess der Bevölkerungen diesseits und jenseits des Rheins von nicht geringer Bedeutung.

Auf anderen Politikfeldern wurde Übereinstimmung demonstriert, wo es nichts oder wenig kostet. So stimmte etwa Angela Merkel dem Vorschlag von Nicolas Sarkozy zu, einen 'Rat der Weisen' einzusetzen, der Vorschläge zur weiteren Gestaltung Europas konzipieren soll. Sie hält zwar selbst erklärtermaßen nichts von solchen Gremien, aber sie half damit Sarkozy, das Gesicht zu wahren, ohne die Türkei zu verärgern. Er hatte seine Zustimmung zur Weiterführung von Beitrittsverhandlungen von der Einsetzung eben eines solchen 'Rates' abhängig gemacht.

Sie konnte auch – ganz unabhängig von den Divergenzen zwischen der deutschen und der französischen Haltung zur Politik der Europäischen Zentralbank – seinem Drängen entgegenkommen, als Präsidentin der G8-Gruppe gegen wettbewerbsverzerrende Wechselkurse bei den asia-

tischen sowie amerikanischen Handelspartnern Front zu machen, ohne eigenen Grundsätzen untreu zu werden.

In Frankreichs Außenpolitik ist, ähnlich wie beim Wechsel von Schröder zu Merkel, die pro-amerikanische Wende offenkundig. Dabei ist es noch nicht lange her, dass Jacques Chirac glaubte, auf Deutschland gestützt die europäische Marschrichtung vorgeben und so den USA als gleichwertiger Partner entgegentreten zu können. Mit solchen Phantasien ist es beim Pragmatiker Sarkozy ebenso vorbei wie mit den realitätsfernen Visionen einer multipolaren Weltordnung, bei der Russland und China als strategische Partner Frankreichs gesehen wurden.

Bernard Kouchner, der heutige Außenminister, hatte seinerzeit als einziger französischer Politiker von Rang die amerikanische Doktrin der Einmischung und die Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein gutgeheißen. Er kritisierte dann zwar auch den „Demokratisierungsprozess“ im Irak, aber gegenüber Teheran ist er wieder ganz auf der amerikanischen Linie. Ein anderer starker Partner ist ja auch nicht in Sicht, seitdem Moskau und Peking eine energiepolitische und militär(techn)ische Allianz gebildet haben.

Berlin scheint dagegen in den außenpolitischen Überlegungen Sarkozys eine eher marginale Rolle zu spielen. Es ist weder an dem ebenso faszinierend klingenden wie unklaren Projekt einer Mittelmeerunion beteiligt noch an Frankreichs Plänen zu und mit Afrika. Das liegt natürlich am geringen Interesse der Deutschen an diesem Kontinent sowie an ihren bescheidenen militärischen Mitteln. Erst recht bei der Suche nach einer europäischen Energiepolitik erweist sich Deutschland für Paris eher als Hindernis denn als hilfreicher Partner. Mit der Festlegung auf den Atomausstieg bezieht es eine klare Gegenposition zu Frankreich, aber auch zu allen anderen großen Industriationen und Schwellenländern. Für Sarkozy muss eine derart isolierte Position nach Ideologie klingen. Und das eben könnten die Deutschen von ihm lernen: unbekümmert um ideologische Vorbehalte, nationale Mythen und historisch begründete Vorurteile pragmatisch nach brauchbaren Lösungen für konkrete Probleme zu suchen.

Johannes Thomas